

Progressiver Multilateralismus: Die Kluft zwischen normativem Anspruch und realpolitischer Wirklichkeit überwinden

Gabriele Köhler

Die dystopische Weltlage

Die Welt ist von enormer Ungleichheit geprägt.¹ Etwa 1,3 Milliarden Menschen leben im global Süden in Armut² und ihre Zahl wird infolge der COVID-19-Pandemie und ihrer Auswirkungen 2021 weiter steigen.³ Schätzungen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) gehen davon aus, dass bereits vor der Coronakrise fast 690 Millionen Menschen der extremsten Form von Armut ausgesetzt waren und hungerten.⁴ Das sind 8,9 Prozent der Weltbevölkerung – ein Anstieg um über 30 Millionen in fünf Jahren.⁵ Setzt sich dieser Trend fort, wird die Zahl der Hungernden bis 2030 auf über 840 Millionen steigen. Besonders betroffen sind Kinder. Nach aktuellen Schätzungen waren im Jahr 2019 21,3 Prozent (144,0 Millionen) aller Kinder unter fünf Jahren mangelernährt. Jedes Jahr sterben fünf Millionen Kleinkinder an vermeidbaren Erkrankungen, rund 260 Millionen Kinder gehen nicht zur Schule. Kinderarmut betrifft jedes sechste Kind.⁶ 300 000 Frauen verlieren jedes Jahr bei der Entbindung eines Kindes ihr Leben.

70 Prozent der Weltbevölkerung verfügen über keine soziale Absicherung wie Kranken- und Arbeitslosenversicherung, Invaliditäts- oder Altersrente. Zwei Milliarden Menschen, die im informellen Sektor arbeiten, haben keinerlei Arbeitsrechte, weder auf Sicherheitsvorkehrungen am Arbeitsplatz noch auf einen Arbeitsvertrag mit Kündigungsschutz. Im informellen wie auch im formellen Niedriglohnsektor arbeiten überwiegend Frauen sowie Gruppen, die spezifisch oder syste-

1 Dieser Abschnitt basiert auf Köhler (2020b).

2 OPHI/UNDP (2020), S. 3. Diese Zahl beruht auf einem multidimensionalen Armutsbegriff, wie er auch in der Agenda 2030 (SDG 1.2) verwendet wird.

3 Vgl. World Bank (2020), S. 21.

4 Vgl. FAO, IFAD, UNICEF, WFP und WHO (2020).

5 Die Berechnungsmethoden der FAO für die Erfassung des weltweiten Hungers und die Datenlage haben sich mehrfach geändert, vgl. dazu Martens/Ellmers (2020), S. 57.

6 Vgl. World Bank/UNICEF (2020).

matisch ausgegrenzt und diskriminiert werden. Die Folgen des Klimawandels und des Artensterbens vertiefen diese immense sozioökonomische Ungleichheit. Menschen im globalen Süden leben in den ökologisch gefährdetsten Regionen, mit immer wiederkehrenden tropischen Stürmen, Dürre- oder Überschwemmungskatastrophen.⁷ Auch der Planet leidet: Eine Million Tier- und Pflanzenarten sind vom Aussterben bedroht, globale Treibhausgasemissionen haben sich seit 1960 verdreifacht, Extremstürme werden immer häufiger.

Frauen und Mädchen sind überproportional vom Klimawandel betroffen. In einkommensschwachen Ländern gilt dies sowohl in Bezug auf die Risiken, die von klimawandelbedingten Naturkatastrophen ausgehen, als auch in Hinblick auf ihre Wirtschaftstätigkeit und Sorgearbeit, die sich durch klimabedingte Veränderungen der Natur intensiviert: Der Zeitaufwand erhöht sich, weil der Boden verdorrt, Wasserquellen versiegen, Feuerholz von weiter her zu holen ist. Auch in einkommensreichen Ländern betrifft Energiearmut mehrheitlich Frauen.

Die COVID-19-Pandemie hat die sozioökonomische Kluft auf globaler wie nationaler Ebene weiter vertieft, denn sie beeinträchtigt die Menschen je nach sozialer Stellung sehr unterschiedlich. Die Pandemie hat in besonderem Maße Minderheiten getroffen. Zudem war das Herunterfahren der Wirtschaftstätigkeit in sozialpolitischer Hinsicht eine Katastrophe für alle, die ungesicherte Arbeitsverträge haben. Der riesige informelle Sektor ist kollabiert; mindestens 1,6 Milliarden Menschen waren Mitte 2020 nicht nur ohne Arbeit, sondern auch ohne jegliche Form des Einkommens. Im formellen Sektor am meisten betroffen ist der Dienstleistungssektor – Menschen, die in der Gesundheitsversorgung, in der Pflege, im Einzelhandel, in öffentlichen Dienstleistungen wie Transport oder Müllabfuhr arbeiten. Zu beobachten ist in der COVID-19-Hauptphase eine Rückkehr in die traditionelle gegenderte Arbeitsteilung, bei der Frauen im globalen Durchschnitt dreimal so viel unbezahlte Sorgearbeit leisten wie Männer.⁸ Frauen sind auch mehrheitlich vom Anstieg der Arbeitslosigkeit betroffen.

Kurz gefasst ist diese Dystopie die Folge eines Wirtschaftssystems, in dem die Kapitalverwertung allen anderen Zielen – insbesondere sozialer Gerechtigkeit und Umweltschutz – übergeordnet wird. Manche nennen das Kapitalismus,⁹ der in den letzten Jahrzehnten immer weniger durch effektive Sozialstaatspolitik eingehegt wird.

7 Vgl. UNEP (2021).

8 Vgl. UN Women Deutschland (2020).

9 Der Begriff wird in Analysen, die aus den UN-Organisationen kommen, nur verhalten benutzt. Der UNRISD-Hauptbericht *Policy Innovations for Transformative Change* (2016) z.B. verweist lediglich auf die "underlying premises on which the economy is built, for instance, profit maximization, competitiveness, concentration and accumulation." (S. 153). Anders in der Wissenschaft, siehe z.B. Ökonomen wie Piketty (2018) und Lessenich (2016).

Was können die Vereinten Nationen dem entgegensetzen?

Gemäß der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948, seit den 1960er Jahren mit dem Sozial- und dem Zivilpakt völkerrechtlich verbindlich, haben alle Menschen u. a. das Recht auf Arbeit und gesichertes Einkommen, Gesundheitsversorgung, Bildung und Unterkunft. Seit 1960 verabschiedet die Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN) periodisch weitreichende Entwicklungsagenden.¹⁰ Die jüngste ist die mit großem Aplomb verabschiedete Agenda 2030, die globale Nachhaltigkeitsagenda für die Jahre 2015–2030.

Daneben gibt es das Pariser Klimaabkommen von 2015, dessen Bedeutung darin besteht, dass die Unterzeichnerstaaten verbindliche klimapolitische Maßnahmen verabschieden und einhalten müssen. Hinzu kamen 2018 die globalen Pakte zu Migration und Flüchtlingen. Im Menschenrechtsbereich gibt es ratifizierte Konventionen zu Kinderrechten, Frauenrechten, den Rechten von Menschen mit Behinderung und zum Verbot von Rassismus. Der Internationalen Arbeitsorganisation ist es gelungen, acht Kernarbeitsnormen, 190 Konventionen und über 200 Empfehlungen zu verabschieden.¹¹

Insgesamt sind mehr als 560 multilaterale Verträge beim UN-Generalsekretariat hinterlegt, und über 55.000 völkerrechtliche Verträge den Vereinten Nationen notifiziert worden.¹² Diese beeindruckende Vielfalt an Verträgen, Übereinkommen, Konventionen und Empfehlungen demonstriert die Bedeutung der UN und des Multilateralismus für eine progressive, zu sozio-ökonomischer Gerechtigkeit, Klimaschutz und Friedenspolitik verpflichtende Normensetzung. Daraus leitet sich wiederum, zumindest theoretisch, genügend Konsens ab, um die krassen sozioökonomischen und ökologischen Asymmetrien auf UN-Ebene anzugehen.

Die Defizite des Multilateralismus

Jedoch ist es offensichtlich, dass das beeindruckende Normengefüge nicht (mehr) greift, sonst sähen wir nach 75 Jahren Multilateralismus im Rahmen der Vereinten Nationen nicht die derzeitigen dystopischen Zustände.

Das hat viele Gründe.

10 Vgl. Köhler (2017).

11 <https://www.ilo.org/dyn/normlex/en/f?p=NORMLEXPUB:1:0::NO>

12 Vgl. Birkenkötter (2020b) (Text liegt der Autorin vor). Siehe dazu auch <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2020/kw41-pa-vereinte-nationen-792784/>.

Die UN-Generalversammlung ist eben genau das: eine allgemeine Versammlung von 193 souveränen Staaten. Derzeit werden eine Vielzahl der Länder autokratisch regiert, zum Teil herrschen menschenrechtsverletzende Diktaturen, die gar nicht vorgeben, sich an der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zu orientieren.¹³ Viele der Menschenrechts- und die Mehrzahl der ILO-Konventionen sind bislang bei weitem noch nicht von allen Mitgliedsstaaten ratifiziert.

Die Souveränitätsklausel liefert diktatorischen Regierungen den Vorwand, Unterdrückung und Ausbeutung fortzusetzen. Der ehemalige, hochrangige UN-Beamte Kul Chandra Gautam aus Nepal warnt:

„Many countries, ruled by dictators and authoritarian regimes, like North Korea, Syria, Saudi Arabia, Belarus and Venezuela, hide behind their sovereignty to oppress their people; even to deprive them of humanitarian relief.“¹⁴

Aber auch in demokratisch-verfassten Ländern klafft eine Lücke zwischen normativem Anspruch und Realpolitik.¹⁵ Interessenkonflikte innerhalb der Regierung bzw. zwischen einzelnen Ministerien werden meist zugunsten kapitalistischer Wirtschaftsinteressen entschieden. Das gilt auch für Deutschland, wo immer wieder mit dem Argument der Arbeitsplatzsicherung die Interessen der Exportindustrie den Menschenrechts- und Klimanormen übergeordnet werden.¹⁶

Hinzukommt das Machtgefälle zwischen Ländern und Länderblöcken. Bei allen wichtigen Entscheidungen der Vereinten Nationen müssen Allianzen geschmiedet werden, in denen meist die wirtschaftlichen oder militärischen Großmächte dominieren. Länder, die wegen hoher Staatsverschuldung, außenwirtschaftlichen Abhängigkeiten oder aufgrund ihrer geostrategischen Lage schwach sind, ziehen meist den Kürzeren.

Das ökonomische Gefälle behindert dann nochmal, sozusagen durch die Hintertür, das multilaterale System aufgrund seiner Finanzierungsstruktur. Da die UN und ihre Sonderorganisationen sich zum Teil über Pflichtbeiträge finanzieren, die sich vor allem am Bruttonational-einkommen der Länder orientieren, tragen die wirtschaftlichen Großmächte auch den größten Beitrag zum UN-Haushalt bei. Dies macht

13 Zur politischen Einordnung siehe z.B. den Democracy Index der Economist Intelligence Unit (EIU), https://www.eiu.com/public/topical_report.aspx?campaignid=democracyindex2019 und den Civicus Monitor über den (schrumpfenden) weltweiten Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft (<https://monitor.civicus.org>).

14 Gautam (2020). Viele weitere Länder könnten hier aufgezählt werden.

15 Vgl. z.B. Brühl (2019) und Birkenkötter (2020a).

16 Bekannte Beispiele sind das Zögern im Voranbringen eines Lieferkettengesetzes oder einer konsequenten Klimapolitik, oder in Positionen der Bundesregierung zur EU-Agrar- oder Verkehrspolitik.

die UN anfällig für Erpressung, indem wichtige Beitragszahler Überweisungen verzögern oder gar vorenthalten. Vor dem Hintergrund seiner langjährigen UN-Erfahrung konstatiert Kul Chandra Gautam:

„Money and military power dominate the UN more than democratic norms. Major donors to its budget often wield undue influence.“¹⁷

In den letzten Jahren wurde dies besonders deutlich, als die USA ihre Mitgliedschaft in der UNESCO, dem Menschenrechtsrat und der WHO aufkündigten und ihre Unterstützung für den UN-Bevölkerungsfonds (UNFPA) einstellten, weil der Regierung die Orientierung und Politik der jeweiligen Organisation nicht passte.¹⁸ Dies hatte auch erhebliche budgetäre Folgen, die nur teilweise durch höhere Beitragszahlungen durch andere Staaten aufgefangen werden konnten. Auch wenn die neue US-Regierung diese Beschlüsse nun rückgängig macht, zeigt dies die Vulnerabilität der UN.

Zwar gilt für die UN-Generalversammlung das „one country one vote“-Prinzip, aber die zahlungskräftigen Länder entscheiden aufgrund ihrer Dominanz im UN-Haushalt über Programmprioritäten – und darüber, was wegzufallen habe. Zahlreiche Mitgliedsländer sind chronisch im Beitragsverzug, allen voran die USA. Jüngstes Beispiel für die Konflikte um die Finanzierung der UN waren die Verhandlungen zum UN-Budget 2021, die erst am 30. Dezember 2020 abgeschlossen wurden. Fast wären die UN außerstande gewesen, Programm, Sach- und Personalkosten für 2021 zu decken.¹⁹

Hinzu kommt ein immer stärker verzettelttes Finanzierungsmodell, wobei Geberländer und auch einige philanthropische Stiftungen durch freiwillige Beiträge bestimmte – vielleicht durchaus sinnvolle – Programme fördern, aber es der UN und ihren Sonderorganisationen dadurch erschweren, ihre eigenen Programmprioritäten umzusetzen.²⁰

Der finanzielle Einfluss bestimmt auch die Personalpolitik. Leitungspositionen im UN-Sekretariat und in den Sonderorganisationen werden nicht über Stellenausschreibungen und transparente Berufungsverfahren besetzt, sondern werden letztendlich von den mächtigsten Ländern bestimmt. Diese Fehlleistung setzt sich bis in die mittleren Ebenen fort. Um nochmals mit dem bereits zitierten Kul Chandra Gautam zu sprechen:

17 Gautam (2020). Zur Rolle Chinas bei der Finanzierung des UN-Entwicklungssystems, s. Mao/Weinlich (2020).

18 Siehe dazu z.B. Whineray (2020).

19 Vgl. UN General Assembly (2020).

20 Siehe dazu auch den Beitrag von Silke Weinlich.

„Sadly, appointments for the UN’s top jobs, including the Secretary-General and the heads of its major departments and agencies like UNICEF, UNDP, the World Bank, are not based on open competition to select the most qualified candidates. Such posts are mostly ‘reserved’ for the nationals of certain powerful countries, or are agreed through haggling among different blocs of countries.“²¹

Und last but not least: auf der Theorieebene gibt es für die UN, ähnlich wie auf der Ebene der Finanzierung, erhebliche Restriktionen: Die Resolutionen, Abkommen, und Übereinkommen basieren überwiegend nicht auf politökonomischen Analysen der strukturellen Gründe für die weltweiten Ungleichheiten. Im derzeitigen UN-Jargon bezeichnet der Begriff ‚System‘ das Ökosystem oder das Gesundheitssystem, eine systemische Analyse der weltwirtschaftlichen Strukturen findet nicht statt.²² Die Einschätzung, dass ein profitgeleiteter Kapitalismus in verschiedenen Ausprägungen – ob sozialstaatlich eingehegt oder ungezügelt, ob staatskapitalistisch oder privatwirtschaftlich monopolistisch verfasst – sich globalisiert hat, fehlt.

Über die Rolle transnationaler Unternehmen und globalisierte Wertschöpfungsketten und die Finanzialisierung der Weltwirtschaft wird meist hinweggesehen. Die zunehmende Abhängigkeit der UN von der Privatwirtschaft wird nicht selten als win-win-Lösung in Form von Public-Private-Partnerships verharmlost. Wenn die kritische Analyse fehlt, fehlen aber auch die konzeptionellen Grundlagen für die Verhandlungen über notwendige transformative Maßnahmen und Veränderungen.

Die Gegenmittel

Es besteht auf globaler Ebene also ein komplexes multilaterales Normensystem, das jedoch von den Mitgliedsstaaten immer wieder unterlaufen oder gar ausgehebelt wird.

Welche Gegenmittel gäbe es? Bleiben wir optimistisch, bauen wir auf die Rolle der gelegentlich als „Dritte UN“ bezeichneten Zivilgesellschaft, insbesondere ihrer progressiven Protagonist*innen.²³ Hier wirken z.B. seit den 1990er Jahren im Rio-Prozess die sogenannten *Major Groups*, in denen gesellschaftliche Gruppen wie Frauen, Gewerkschaften, Wissenschaft und Jugendvertretungen ihre Aktivitäten koordinieren und Posi-

21 Gautam (2020).

22 In der UN-Erklärung zu einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung wurde noch auf unterschiedliche ‚economic and social systems‘ hingewiesen, vgl. UN General Assembly (1974).

23 Vgl. Weiss/Jolly (2009).

tionen abstimmen.²⁴ Des Weiteren gibt es über 5.000 Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die über ihren anerkannten Konsultativstatus Druck auf die formelle UN ausüben können.

Drei zentrale zivilgesellschaftliche Initiativen könnten beispielhaft darauf hinwirken, dass multilaterale Zusammenarbeit tatsächlich zu der in der Agenda 2030 proklamierten „Transformation unserer Welt“ beiträgt.

Was Hunger und Armut unmittelbar angeht, wäre **erstens** die Empfehlung 202 der ILO zu sozialer Grundsicherung zu nennen, die 2012 verabschiedet wurde und auch Eingang in die Agenda 2030 gefunden hat. Für ihre Umsetzung macht sich die Global Coalition for Social Protection Floors (GCSPF) stark, die von über 100 NGOs und Gewerkschaften getragen wird.²⁵ Sie fordert u.a. die Einrichtung eines globalen Fonds, aus dem Sozialtransfers in den einkommensärmsten Ländern finanziert werden sollen.²⁶ Im Zuge der COVID-19-Pandemie ist vielerorts ein exponentielles Wachstum von – befristeten – Sozialtransfers zu konstatieren.²⁷ Diese gilt es nun zu verstetigen. Sozialtransfers können die akute Armuts- und Hungersituation lindern. Sie bringen aber keine strukturelle Veränderung.

Deswegen braucht es **zweitens** die Durch- und Umsetzung von guten Arbeitsbedingungen (*decent work*). Die Unwucht zwischen Arbeits- und Kapitaleinkommen müsste überwunden werden. Dazu müssen alle Menschenrechtskonventionen und zumindest die ILO-Kernarbeitsnormen in allen Ländern verabschiedet, umgesetzt und kontrolliert werden. Wichtig wäre auch die Umsetzung der ILO-Konvention zu Heimarbeit, die die Rechte von Beschäftigten in lokalen und globalen Lieferketten regelt.²⁸ Um der kapitalistischen Globalisierung entgegenzuwirken, wäre zudem von zentraler Bedeutung ein internationales Abkommen über Wirtschaft und Menschenrechte (*Treaty*),²⁹ das Regierungen verpflichtet sicherzustellen, dass alle Unternehmen die Menschenrechte sowie die Kernarbeits- und Umweltstandards einhalten. Ein Zwischenschritt wären Lieferkettengesetze auf nationaler und regionaler Ebene.³⁰

24 Vgl. Martens (2018).

25 <http://www.socialprotectionfloorscoalition.org/>

26 <http://www.socialprotectionfloorscoalition.org/civil-society-call/>

27 Vgl. Almenfi/Gentilini/Dale (2020).

28 Diese ILO-Konvention 177 wurde 1996 verabschiedet und trat im Jahr 2000 in Kraft. Sie wurde bislang aber nur von 10 Ländern ratifiziert (vgl. https://www.ilo.org/dyn/normlex/en/f?p=NORMLEXPUB:11300:0::NO:11300:P11300_INSTRUMENT_ID:312322:NO).

29 Vgl. dazu <https://www.business-humanrights.org/en/big-issues/binding-treaty/> und <https://www.cora-netz.de/themen/un-treaty/>.

30 Vgl. dazu <https://lieferkettengesetz.de/>.

Um eine bessere Sozialpolitik, eine effektive Klima- und Umweltpolitik inklusive eines sozialgerechten Strukturwandels (*just transition*)³¹ und ein adäquat finanziertes, nur den Normen verpflichtetes UN-System zu ermöglichen, braucht es **drittens** eine andere globale Finanzpolitik. Dazu müssten illegale Kapitalabflüsse geahndet und eine transparente, progressive Steuerpolitik national wie international ermöglicht werden. Ein wichtiger Schritt auf multilateraler Ebene wäre die Einrichtung einer zwischenstaatlichen Steuerkommission unter dem Dach der Vereinten Nationen (siehe dazu den Beitrag von Bodo Ellmers und Tove Maria Ryding, S. 44).

Wie stehen die Chancen für Fortschritte auf diesen drei Reformbaustellen des Multilateralismus? Die politischen Reaktionen auf die COVID-19-Pandemie zeigen, dass es bei der Stärkung von Systemen der sozialen Grundsicherung durchaus zu Verbesserungen kommen kann, aber diese stabilisieren lediglich das bestehende System.

Als politisch wesentlich schwieriger erweisen sich die Initiativen für weltweit gute Arbeitsbedingungen und eine gerechtere internationale Finanz- und Steuerpolitik, denn sie berühren die Kapitalinteressen machtvoller Wirtschaftsakteure. Hier werden noch ein langer Atem und kreative Koalitionen für einen progressiven Multilateralismus zwischen zivilgesellschaftlichen Gruppen, fortschrittlichen Regierungen und UN-Organisationen nötig sein.³²

Gabriele Köhler ist Entwicklungsökonomin und unter anderem Vorstandsmitglied bei Women Engage for a Common Future (WECF).

31 Vgl. Morena/Krause/Stavis (Hrsg.) (2020).

32 Vgl. Köhler (2020a).

Literatur

Almenfi, Mohamed Bubaker Alsafi/Gentilini, Ugo/Dale, Pamela (2020):

Social Protection and Jobs Responses to COVID-19: A Real-Time Review of Country Measures (December 11, 2020) (English). COVID-19 Living Paper Washington, D.C.: World Bank.

<http://documents.worldbank.org/curated/en/467521607723220511/Social-Protection-and-Jobs-Responses-to-COVID-19-A-Real-Time-Review-of-Country-Measures-December-11-2020>

Birkenkötter, Hannah (2020a): Mehr als eine abstrakte Hülle: Multilateralismus mit Normen und Reformen stärken. In: Peacelab-Blog.

<https://peacelab.blog/2020/11/mehr-als-eine-abstrakte-huelle-multilateralismus-mit-normen-und-reformen-staerken>

Birkenkötter, Hannah (2020b): Welche Lehren sind aus den zurückliegenden 75 Jahren Vereinte Nationen zu ziehen und welche Schlussfolgerungen ergeben sich daraus, um die Weltorganisation besser auf die Zukunft vorzubereiten? Unveröffentlichtes Manuskript.

Brühl, Tanja (2019): Widersprüchliches Rollenverständnis: Deutsche UN-Politik zwischen äußerem Anspruch und innerer Wirklichkeit – Eine rollentheoretische Analyse. In: Thomas Fitschen, Tanja Brühl, Theodor Rathgeber, Klaus Hüfner, Yanina Bloch, Helmut Volger: Herausforderungen für die gegenwärtige deutsche UN-Politik. 14. Potsdamer UNO-Konferenz am 30. Juni 2018. Potsdam: Universitätsverlag Potsdam, S. 21–33.

https://publishup.uni-potsdam.de/opus4-ubp/frontdoor/deliver/index/docId/43148/file/puk13_21-33.pdf

FAO, IFAD, UNICEF, WFP und WHO (2020): The State of Food Security and Nutrition in the World 2020. Transforming food systems for affordable healthy diets. Rom: FAO.

<https://doi.org/10.4060/ca9692en>

Gautam, Kul Chandra (2020): In Defense of Multilateralism and the United Nations. TEDx Georgetown remarks.

<http://kulgautam.org/in-defense-of-multilateralism-and-the-united-nations-tedx-georgetown-remarks-by-kul-chandra-gautam/>

Köhler, Gabriele (2020a): Creative Coalitions in a Fractured World. An Opportunity for Transformative Change? Genf: UNRISD (UNRISD Occasional Paper No. 4/2020).

[http://www.unrisd.org/80256B3C005BCCF9/\(LookupAllDocumentsByUNID\)/417FBF2DAFF3A3AF-80258504005618D7?OpenDocument](http://www.unrisd.org/80256B3C005BCCF9/(LookupAllDocumentsByUNID)/417FBF2DAFF3A3AF-80258504005618D7?OpenDocument)

Köhler, Gabriele (2020b): Ein transformativer Gesellschaftsvertrag statt grüner Deals!

In: Denknetz Jahrbuch 2020, Europa zwischen Reform und Zerfall. Zürich, S. 195ff.

http://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2020/12/Jahrbuch_2020.pdf

Köhler, Gabriele (2017): Seven decades of development and now what? In: Journal of International Development, Special Issue: The Post-2015 Moment: Towards Sustainable Development Goals and a New Global Development Paradigm.

www.researchgate.net/publication/280874608_Seven_Decades_of_Development_and_Now_What

Lessenich, Stephan (2016): Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis. Berlin: Hanser.

Mao, Ruipeng/Weinlich, Silke (2020): Chinas Finanzierung des UN-Entwicklungssystems. In: Vereinte Nationen 6/2020, S. 261-266.

Martens, Jens (2018): Zivilgesellschaft und Agenda 2030. Neue Allianzen für die sozial-ökologische Transformation? Bonn: GPF.

https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/Zivilgesellschaft_und_Agenda2030_online.pdf

Martens, Jens/Ellmers, Bodo (2020): Agenda 2030: Wo steht die Welt? 5 Jahre SDGs – eine Zwischenbilanz. Bonn: GPF.

<https://www.2030agenda.de/de/zwischenbilanz>

Morena, Edouard/Krause, Dunja/Stevis, Dimitris (Hrsg.) (2020): Just Transitions. Social Justice in the Shift Towards a Low-Carbon World. London: Pluto Press.

OPHI/UNDP (2020): Charting pathways out of multidimensional poverty: Achieving the SDGs. Oxford/New York.

http://hdr.undp.org/sites/default/files/2020_mpi_report_en.pdf

Piketty, Thomas (2018): Das Kapital im 21. Jahrhundert. München: CH Beck.

UN (2020): The Sustainable Development Goals Report 2020. New York.

<https://unstats.un.org/sdgs/report/2020/#>

Dt.: Ziele für nachhaltige Entwicklung Bericht 2020. New York.

https://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/infobroschueren_flyer/infobroschueren/sMaterialie515_sdg_bericht_2020.pdf

UN General Assembly (2020): Draft resolutions submitted by the Chair of the Committee following informal consultations. Programme budget for 2021. New York (UN Dok. A/C.5/75/L.19).

<https://undocs.org/A/C.5/75/L.19>

UN General Assembly (1974): Declaration on the Establishment of a New International Economic Order. General Assembly, Sixth Special Session. New York.

https://legal.un.org/avl/pdf/ha_ga_3201/ga_3201_ph_e.pdf

UN Women Deutschland (2020): Corona – eine Krise der Frauen. Bonn.

<https://www.unwomen.de/aktuelles/corona-eine-krise-der-frauen.html>

UNEP (2021): Adaptation Gap Report 2020. Nairobi.

<https://www.unenvironment.org/resources/adaptation-gap-report-2020>

UNRISD (2016): Policy Innovations for Transformative Change. Genf.

<https://www.unrisd.org/flagship2016>

Weiss, Tom/Jolly, Richard (2009): The “Third“ United Nations. UN Intellectual History Project. Briefing note No. 3. New York.

<http://www.unihp.org/briefing/3ThirdUN.pdf>

Whineray, David (2020): The United States' Current And Future Relationship With The United Nations. UN University. Center for Policy Research. New York.

<https://cpr.unu.edu/research/projects/the-united-states-current-and-future-relationship-with-the-united-nations.html>

World Bank (2020): Poverty and Shared Prosperity 2020: Reversals of Fortune.

Washington, D.C.

www.worldbank.org/en/publication/poverty-and-shared-prosperity

World Bank/UNICEF (2020): Global Estimate of Children in Monetary Poverty: An Update. Washington, D.C./New York.

<https://www.worldbank.org/en/news/press-release/2020/10/20/1-in-6-children-lives-in-extreme-poverty-world-bank-unicef-analysis-shows>